



150 *Jahre*
Deutscher
Brauer-Bund e.V.

**POSITIONEN
DER BRAUWIRTSCHAFT ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2025**

DAS IST UNSER BIER

Bier ist ein beliebtes Genussmittel mit Jahrhunderte alter Tradition. In keinem Land Europas wird mehr Bier erzeugt als in Deutschland. Mehr als 7.000 verschiedene, nach dem Reinheitsgebot gebraute Biermarken bilden eine weltweit einmalige Vielfalt. Seit 2020 zählt das handwerkliche Bierbrauen zum Immateriellen Kulturerbe der UNESCO in Deutschland.

Im Unterschied zu anderen Staaten Europas ist die deutsche Brauwirtschaft mittelständisch und von einer seltenen regionalen Vielfalt geprägt. Die überwiegende Zahl der deutschen Brauereien ist inhaber- bzw. familiengeführt, zum Teil seit Jahrhunderten. Während das Handwerk in vielen anderen Branchen weichen musste, war die Zahl der Brauereien in den Jahren vor der Pandemie auf bundesweit über 1.500 gewachsen, seither ist sie jedoch leicht rückläufig. Mittlerweile sind rund die Hälfte der angemeldeten Betriebe sogenannte Mikrobrauereien mit einem Jahresausstoß bis 100.000 Liter. Zusätzlich bereichert eine junge Gründerszene mit Craftbieren den Markt. Mit den Beschäftigten in den Brauereien, in Logistik und Landwirtschaft, im Handel und der Gastronomie sowie bei zahllosen Zulieferern sichert die deutsche Brauwirtschaft rund eine halbe Million Arbeitsplätze. Gleichzeitig engagieren sich die Brauereien für ihre Regionen, unterstützen das Vereinsleben, die Gastronomie und die kulturelle Vielfalt.

Deutschlands Brauereien stehen im internationalen Wettbewerb. Stark steigende Kosten für Energie, Rohstoffe, Verpackungen, Transport und Personal sowie der teils ruinöse Preiskampf im Lebensmittelhandel stellen die Betriebe vor enorme Herausforderungen. Für die Hersteller ist es wichtig, dass Bundestag und Bundesregierung der Marktmacht des Handels Grenzen gesetzt haben und die Rechte der Lieferanten in Zukunft weiter stärken.

Ungeachtet der hohen Kostenbelastung und der angespannten wirtschaftlichen Lage unternehmen die Brauereien große Anstrengungen auf dem Weg zu noch mehr Nachhaltigkeit. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der sparsame Umgang mit Ressourcen, allem voran unserem Wasser, sind für die Brauereien ebenso essenziell wie der Erhalt und die Weiterentwicklung des umweltfreundlichen Mehrwegsystems. Mit einer Mehrwegquote von fast 80 Prozent erfüllt und übertrifft die Brauwirtschaft als einzige Branche die gesetzlichen Vorgaben und gilt mit ihrem Kreislaufsystem mittlerweile als beispielhaft für ganz Europa.

Um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die regionale Vielfalt der deutschen Braubranche auch in Zukunft erhalten zu können, benötigen die Brauereien die richtigen Rahmenbedingungen. Dafür setzt sich der Deutsche Brauer-Bund nun bereits seit mehr als 150 Jahren ein. Der Verband ist die Stimme der Branche gegenüber Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Partnern der Wirtschaft, er vertritt die Interessen aller deutschen Brauereien auf nationaler und europäischer Ebene.

Auch Missbrauchsprävention ist ein Schwerpunkt unserer Verbandsarbeit. Denn die deutschen Brauereien stehen nicht nur für weltbekannte, hochwertige Biere in einer einzigartigen Vielfalt, sondern auch für gesellschaftliche Verantwortung. Mit der Dachkampagne BIER BEWUSST GENIESSEN bekennt sich die Braubranche zum verantwortungsvollen Genuss von Bier und leistet vielfältige, nachhaltige und messbare Beiträge zu mehr Aufklärung, Information und Prävention. DON'T DRINK AND DRIVE und andere bekannte Kampagnen wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut. Damit senden die Brauereien eine klare Botschaft gegen jede Form des Missbrauchs und für verantwortungsvollen Genuss.



Christian Weber, Präsident
Deutscher Brauer-Bund e. V.



Holger Eichele, Hauptgeschäftsführer
Deutscher Brauer-Bund e. V.



BIER IST BESONDERS

Bier ist nicht nur das älteste alkoholische Getränk der Menschheit, sondern auch eines der vielseitigsten und am häufigsten konsumierten. Es hat eine lange Tradition als das soziale Getränk schlechthin. Ob bei Treffen mit Freunden, in der Kneipe nach Feierabend oder auf dem Oktoberfest – Bier bringt Menschen zusammen. Es ist bodenständig und verbindet, ohne elitär zu wirken. Auch wenn Pils-Biere in Deutschland die Hälfte des Marktes ausmachen, ist unsere Bierwelt regional unglaublich vielfältig. Es gibt Dutzende von Sorten, Craft-Biere und Hobbybrauer zeugen von einer wachsenden Experimentierfreude.

Zur Würdigung der Vielfalt und Partizipation wurde das Brauen 2020 zum Immateriellen Kulturerbe der UNESCO in Deutschland erklärt. Vier Jahre zuvor hatte das Deutsche Reinheitsgebot als ältestes, noch bestehendes Lebensmittelgesetz der Welt sein 500. Jubiläum gefeiert. Nach dem Reinheitsgebot gebrautes Bier ist ein Naturprodukt, es entsteht aus Wasser, Malz, Hopfen und Hefe.

Bier hat auch eine ökologische Seite: Die Rohstoffe für Bier sind häufig lokal verfügbar. Zudem betreiben Deutschlands Brauereien ein weltweit einmaliges Mehrwegsystem mit bis zu vier Milliarden Pfandflaschen, die teilweise mehr als 50 Umläufe erreichen.

Ein oft übersehener Vorteil von Bier ist sein moderater Alkoholgehalt. Mit einem Durchschnitt von etwa 4 bis 6% Alkohol pro Volumen ist Bier im Vergleich zu Spirituosen oder auch Wein auf der unteren Skala angesiedelt. Deshalb werben wir in der Diskussion um zusätzliche Alkoholregulierung für eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Getränke.

Überdies bringen immer mehr Brauereien alkoholfreie Biere auf den Markt. **Seit 2007 hat sich die Produktion alkoholfreier Biersorten in Deutschland mehr als verdoppelt** – auf 665 Millionen Liter im Jahr 2023. Alkoholfreie Biere machen damit bereits acht Prozent des deutschen Biermarktes aus.

Die im Deutschen Brauer-Bund zusammengeschlossenen Brauereien stehen für den bewussten, maßvollen und verantwortungsvollen Genuss von Bier im Rahmen eines gesunden Lebensstils und lehnen jede Form von Alkoholmissbrauch oder der Förderung von Alkoholmissbrauch ab. Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten, ist der Branche ein wichtiges Anliegen. Es ist unstrittig, dass Alkoholmissbrauch ernsthafte Gesundheitsrisiken birgt. Aber Aussagen der Weltgesundheitsorganisation oder der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, wonach es kein sicheres Maß gebe und jeder Schluck Alkohol ein Gesundheitsrisiko darstelle, sind in dieser Pauschalität nicht richtig und werden zurecht auch von Wissenschaftlern angezweifelt.

VERANTWORTUNG UND PRÄVENTION

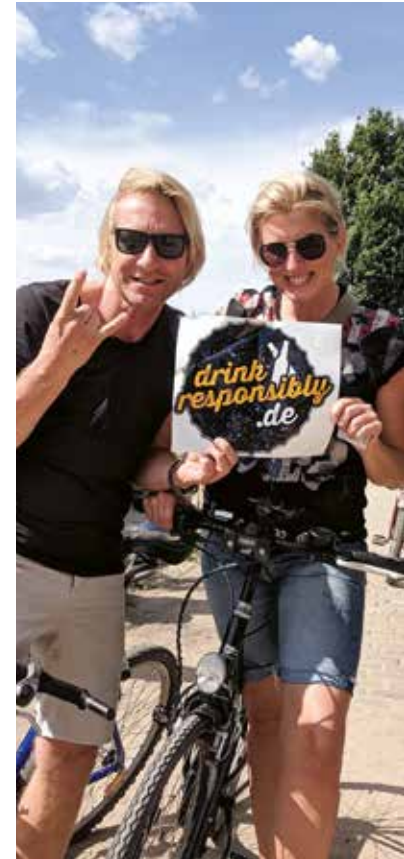
Als Hersteller alkoholischer Getränke sind sich die deutschen Brauereien ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und bekennen sich zum Prinzip der Punktnüchternheit. So muss Bier für Jugendliche unter 16 Jahren tabu sein. Kontrollen in Handel und Gastronomie müssen sicherstellen, dass die gesetzlichen Abgabeverbote konsequent eingehalten werden. Auch Schwangere und Stillende sollten kategorisch auf alkoholische Getränke verzichten, denn jeder Schluck kann ein Risiko für das Leben und die Gesundheit eines Kindes darstellen. Wer Auto, Rad oder Roller fährt, wer einer gefahrgeneigten Arbeit nachgeht, wer Sport treibt oder Medikamente einnimmt, muss sich ebenfalls der Wirkung von Alkohol stets bewusst sein. **Als Hersteller setzen wir uns für einen bewussten und moderaten Genuss alkoholischer Getränke im Rahmen eines gesunden Lebensstils ein.**

Mit Nachdruck unterstreicht der Deutsche Brauer-Bund zudem die Notwendigkeit einer speziell auf junge Menschen ausgerichteten Präventionsstrategie. Wir sind überzeugt: Zielgerichtete Prävention und Information sind wirksamer als neue Verbote. Ein verbindlicher Brauer-Kodex bildet den Rahmen für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln. Unter dem Dach von BIER BEWUSST GENIESSEN setzt

sich die Brauwirtschaft aktiv für Prävention und Aufklärung ein, um Alkoholmissbrauch einzudämmen. Eine der bekanntesten Initiativen ist DON'T DRINK AND DRIVE, sie läuft in Deutschland bereits seit über 30 Jahren.

Die Entwicklung zeigt: Prävention wirkt. Generell ist der durchschnittliche Pro-Kopf-Alkoholkonsum in Deutschland seit Jahren rückläufig. Alkoholfreie Biere hingegen erfreuen sich wachsender Beliebtheit und steuern auf einen Marktanteil von zehn Prozent zu. Die Menschen gehen immer bewusster mit Alkohol und den damit verbundenen Risiken um, immer mehr Jugendliche in Deutschland verzichten komplett auf Alkohol.

Die deutschen Brauereien werden auch in Zukunft aktiv zu einem verantwortungsvollen Umgang mit alkoholischen Getränken beitragen und Fehlentwicklungen, die erfahrungsgemäß vielschichtige Gründe haben, entschlossen entgegenwirken.



WENIGER BÜROKRATIE

Der Bürokratieabbau muss wesentlich schneller und konsequenter vorangetrieben werden, um die Unternehmen zu entlasten, Investitionen zu fördern und den Wirtschaftsstandort wieder attraktiver zu machen. Es geht nicht nur darum, den einmaligen Erfüllungsaufwand bei neuen Gesetzen deutlich zu senken. **Ziel muss es sein, alle regelmäßigen Berichts-, Dokumentations- und Überwachungspflichten auf den Prüfstand zu stellen und wo immer möglich zu reduzieren.**

Die mit dem „Bürokratieentlastungsgesetz IV“ geplanten Entlastungen, wie etwa die Verkürzungen der steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen und die teilweise Ersetzung der Schrift- durch die Textform, sind leider nur Tropfen auf den heißen Stein. Diese Schritte werden bei weitem nicht ausreichen, um die Betriebe signifikant von einer Bürokratielast zu befreien, die in den vergangenen Jahren ein unvorstellbares Ausmaß erreicht hat.

Zahllose Untersuchungen zeigen, dass die bürokratische Belastung in den letzten Jahren nicht nur erheblich zugenommen hat – entgegen der formulierten Ziele der Politik – sondern dass immer neue Auflagen die Wirtschaft zunehmend lähmen, wertvolle Kapazitäten für Innovation und Wachstum rauben und die Kosten in die Höhe treiben. Hier muss endlich schnell und

konsequent gegengesteuert werden, zumal mit der nachhaltigkeits- und menschenrechtsbezogenen Berichterstattung weitere Bürokratiwellen auf die Unternehmen zukommen.

Die deutsche Brauwirtschaft ist sich ihrer hohen Verantwortung zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern wie auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewusst. Überbordende Regulierung, dirigistische Maßnahmen und immer höhere Überwachungsfrequenzen durch Aufsichtsbehörden müssen auf den Prüfstand – sie zeugen von staatlichem Misstrauen gegenüber Industrie und Handwerk und verkennen die täglich in den Betrieben geleistete Arbeit.

Die Bundesregierung muss das Ziel im Auge behalten, die öffentliche Verwaltung und Behördenprozesse sehr viel stärker als bisher zu digitalisieren. Wenn etwa Meldeverfahren für die amtliche Statistik oder den Zoll vereinfacht und beschleunigt werden, können hiervon beide Seiten nur profitieren.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung unter Federführung des BMDV eine ganzheitliche Digitalstrategie erarbeitet hat. Doch eine Strategie kann nur ein erster Schritt sein: **Deutschland muss endlich aus dem Strategie- in den Umsetzungsmodus kommen.**





NEUE PRIORITÄTEN FÜR EUROPA

Die Politik der Europäischen Union hat maßgeblichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen unserer Brauereien. Der Schutz der Gesundheit, der Umwelt und hoher sozialer Standards sind zurecht wichtige Werte der EU, jedoch lassen viele Regulierungen Augenmaß vermissen: Statt Innovation zu fördern, werden Betriebe durch immer neue Regelwerke mit übermäßiger Bürokratie belastet. Wir fordern neue politische Prioritäten für ein gemeinsames Europa, das mehr Raum für Innovation und unternehmerische Freiheit lässt und damit auch seinen sozialen und ökologischen Zielen gerecht wird.

Die Übertragung europäischen Rechts auf die nationale Ebene muss grundsätzlich 1:1 erfolgen, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu erhalten und den Erfüllungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Der Bund sollte künftig bei jeder neuen EU-Verordnung oder -Richtlinie die Umsetzungsspielräume nutzen, die das Europarecht vorsieht. **Politik muss sich von der Maxime leiten lassen, möglichst wenig zusätzliche Belastungen für Behörden und Betriebe einzuführen.**

Wir unterstützen das Ziel des europäischen „Green Deal“, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Diese Initiative ist von großer Bedeutung, doch auch hier bedarf es einer Umsetzung, die die Wettbewerbsfähigkeit bewahrt und die Wirtschaft nicht allein lässt. Wir unterstützen

die Forderung des BDI nach einer breit angelegten Finanzierungsstrategie. Für die notwendigen Infrastruktur-Investitionen brauchen wir steuerliche Anreize und Fördermaßnahmen für private Investitionen in bereits verfügbare Technologien, die bisher noch nicht marktreif und kostengünstig angeboten werden können.

Die EU-Lieferketten-Richtlinie soll die sozialen und ökologischen Standards entlang globaler Lieferketten verbessern. Das Ziel ist sinnvoll, doch für Unternehmen bedeutet die derzeitige Ausgestaltung einen absurd hohen Verwaltungsaufwand und birgt massive rechtliche Risiken. **Der Gesetzgeber muss dringend handeln und das nationale Lieferkettengesetz aussetzen, bis dessen Webfehler beseitigt sind.**

Auch die verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) muss auf den Prüfstand. So sollte die Berichterstattung weniger komplex gestaltet werden, um den administrativen Aufwand im Betrieb zu reduzieren. Zum Beispiel fehlt eine einheitliche Methodik für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten, um Vergleichbarkeit und Transparenz zu gewährleisten. Die Anforderungen müssen auch für kleinere Unternehmen praktikabel und angemessen sein, um deren Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.

FAIRES STEUERSYSTEM – FAIRER HANDEL

Deutschland zählt mit einer Gesamtsteuerbelastung von rund 30 Prozent für Unternehmen zu den Hochsteuerländern. Die hohe Steuerlast, die hohen Lohnkosten und die bürokratischen Hürden führen seit Jahren zu einem Rückgang ausländischer Investitionen. **Um wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen deutlich gesenkt werden**, insbesondere der Körperschaftsteuersatz. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer lehnen wir ab.

Weitere Steuererhöhungen, insbesondere bei Getränken, wären besonders kontraproduktiv, da sie die ohnehin durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges unter Druck stehenden Brauereien wie auch die Verbraucherinnen und Verbraucher zusätzlich belasten würden. Der deutsche Biersteuersatz mag im EU-Vergleich eher niedrig erscheinen, doch die Gesamtsteuerlast der Brauereien ist höher als in den meisten anderen EU-Staaten und stellt damit ein Wettbewerbshindernis dar. Denn die deutschen Brauereien stehen nicht nur im europäischen Branchenwettbewerb, sondern auch im Wettbewerb mit der deutschen Weinwirtschaft, deren Steuersatz auf null Euro festgelegt wurde. Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Bundesregierung und Bundestag, weitere Erhöhungen des Mindeststeuersatzes für Bier nicht in Betracht zu ziehen. Der DBB setzt sich an der Seite des DEHOGA auch für faire und wettbe-

werbsfähige Steuern in der Gastronomie ein. Dazu gehört eine einheitliche Besteuerung von Essen und Getränken mit 7 Prozent. Dass trotz vieler Zusagen aus der Politik der reduzierte Mehrwertsteuersatz auf Speisen Ende 2023 ausgelaufen ist, hat die ohnehin belastete Branche schwer getroffen.

Handlungsbedarf gibt es ebenso für den Handel: Die rund 6.000 Unternehmen der Ernährungswirtschaft mit ihren über 600.000 Beschäftigten stehen einem stark konzentrierten Lebensmitteleinzelhandel gegenüber. Nur vier Handelskonzerne teilen sich mehr als 80 Prozent des Umsatzes. In den vergangenen Jahren hat die Konzentration immer weiter zugenommen, was in einem teilweise ruinösen Preiskampf der Handelshäuser mündet. Die Brauereien müssen seit Jahren beobachten, wie ihr mit besten Rohstoffen gebranntes Bier in permanenten Rabattaktionen geradezu verramscht wird.

Zusätzlich wälzt der Lebensmitteleinzelhandel sein wirtschaftliches Risiko zu großen Teilen auf die Hersteller ab, indem er sich unlauterer Handelspraktiken bedient. **Der Schutz vor unlauteren Handelspraktiken muss deshalb dauerhaft und umfassend für alle Akteure in der Lebensmittel-Lieferkette gelten.** Es ist deshalb erforderlich, die im Gesetz vorgesehene Begrenzung auf Unternehmen mit einem Jahresumsatz von höchstens 350 Mio. Euro zu streichen, weitere Handelspraktiken zu schwärzen und eine Generalklausel einzuführen, um Umgehungen vorzubeugen.





ENERGIE – SICHER UND BEZAHLBAR

Auch wenn die Energiepreise nach Erreichen der Höchstmarken im Jahr 2021 wieder spürbar gesunken sind, sind sie noch längst nicht wieder auf dem Niveau der Jahre vor der Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg. Es ist vorauszusehen, dass durch zunehmende Umlagen und Abgaben die Kosten für Energie immer weiter steigen werden, was energieintensiven Branchen wie der Brauwirtschaft eine wirtschaftliche Produktion erschwert. Die Brauwirtschaft ist bisher weitgehend auf Gas als primären Energieträger angewiesen, die Umstellung auf Strom wird massive Investitionen erfordern. Doch durch hohe Energiepreise werden diese Investitionen in klimaneutrale Technologien gehemmt oder sogar verhindert.

Große Sorgen bereitet der Brauwirtschaft auch der zu erwartende starke Anstieg der Netzzumlagen, ebenso die Kosten zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität. Auch die steigenden Belastungen aus dem Brennstoff-Emissionshandelsgesetz müssen zumindest als Ausgleich gemindert werden.

Von zentraler Bedeutung ist es für die Brauereien wie auch für die gesamte Industrie, mehr Planungssicherheit bei Investitionen und Energieeinkauf bzw. -erzeugung zu schaffen.

Vor allem im Bereich der Eigenerzeugung von Strom oder Biogas gibt es stetig neue gesetzliche Regelungen, oft verbunden mit zusätzlichen Steuern und Abgaben.

Wir brauchen eine planvolle, vorhersehbare Politik, die Investitionen und klimafreundliche Eigenerzeugungsanlagen fördert und deren Entstehung nicht durch permanente Regeländerungen hemmt.

Die Braubranche steht unter enormem Druck, steigende Kosten und sinkender Bierkonsum zwingen immer wieder Betriebe zur Aufgabe. Die nötigen Investitionen in den Umstieg von fossilen zu grünen Energien drohen gerade viele kleinere Brauereien zu überfordern.

Die grüne Transformation ist notwendig – und wir sind als Branche schon heute gut aufgestellt, wenn es um die Einsparung von Ressourcen geht oder um Innovationen im Anlagenbau. Wir sind stolz auf unsere Vorreiterrolle und haben den Anspruch, weiter an der Spitze zu stehen bei Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz. Gleichwohl gibt es Anlass zur Besorgnis: Studien kommen zu dem Ergebnis, dass die meisten Brauereien bis zum Jahr 2045 das Ziel nicht werden erreichen können, CO₂-neutral und energieautark zu sein. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung einen Schwerpunkt legt auf die Strategie und Planung von ausreichender Infrastruktur für die Verteilung von grünem Strom und klimaneutralen Ersatzbrennstoffen. Hohe Strompreise dürfen nicht länger ein Transformationshindernis sein. Was wir brauchen, ist eine breit angelegte Entlastung bei den Stromkosten.

SCHUTZ NATÜRLICHER RESSOURCEN

Anders als in allen anderen Ländern der Welt schreibt das Lebensmittelrecht in Deutschland vor, dass Bier aus den vier natürlichen Rohstoffen Wasser, Malz, Hopfen und Hefe gebraut werden muss. Malzersatzstoffe, Enzyme und – bei Hinweis auf das Reinheitsgebot von 1516 – auch Zusatzstoffe sind für deutsche Brauereien tabu. Trotz dieser Beschränkungen lassen die Brauereien in Deutschland mit mehr als 7.000 verschiedenen Marken eine weltweit einmalige Vielfalt unterschiedlichster Biere höchster Qualität entstehen. **Die Basis hierfür sind Braurohstoffe höchster Qualität in der erforderlichen Verfügbarkeit.**

Damit ist klar, dass Schutz und Sicherung natürlicher Ressourcen zwingende Voraussetzungen dafür sind, dass deutsche Biere auch in Zukunft so hochwertig hergestellt werden können wie heute. Dies beginnt bei den Trinkwasservorkommen. Grundsätzlich müssen die Anstrengungen in Bund und Ländern verstärkt werden, um die Einträge von Schadstoffen in die Wasservorkommen auf das absolute Minimum zu reduzieren. Dies wird dazu beitragen, dass die uneingeschränkte Nutzung von Trinkwasser für die Brauereien gewährleistet werden kann, die wie andere Hersteller von Lebens- und Genussmitteln Vorrang haben müssen, wenn es mit Blick auf die öffentliche Trinkwasserversorgung in einzelnen Regionen zu Nutzungskonkurrenzen kommen sollte.

Aber auch an anderer Stelle verschärft sich der Wettbewerb um Ressourcen: Immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche wird zur Erzeugung von Strom aus Wind und Photovoltaik umgewidmet. Gleichzeitig wird die Landwirtschaft verpflichtet, Flächen stillzulegen und auf immer mehr Land Düngevorgaben einzuhalten, die einen wirtschaftlichen Anbau von Rohstoffen für die Erzeugung von Lebensmitteln massiv erschweren. Dies wird für viele Feldfrüchte zu Konkurrenzdruck um den Anbau auf den verbleibenden Flächen führen und birgt die Gefahr für Fehlanreize, zumal auch die Auswirkungen des Klimawandels den Anbau landwirtschaftlicher Produkte zunehmend beeinträchtigen. **Gerade bei den Hopfenkulturen gibt es dringend Handlungsbedarf, will Deutschland seine Position als weltweit wichtigstes Anbauland halten.** Gefordert ist deshalb eine verlässliche Agrarpolitik, die unterstützt und auf wissenschaftliche Erkenntnisse setzt statt auf Dogmen und Narrative.





VERLÄSSLICHE VERPACKUNGSPOLITIK

Die deutsche Brauwirtschaft bekennt sich zum bewährten Mehrwegsystem bei Getränkeverpackungen. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten hohe Investitionen in logistische Strukturen getätigt, um die Funktion des Mehrwegsystems aufrecht zu erhalten. **Als einzige Branche erfüllt die Brauwirtschaft deshalb die Vorgaben des Verpackungsgesetzes hinsichtlich des Anteils von in Mehrwegverpackungen abgefüllten Getränken** – und das, obwohl das in Fässer abgefüllte Bier in die Mehrwegquote von aktuell knapp 80 Prozent nicht einmal eingerechnet ist. Mit Blick auf Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft ist die deutsche Brauwirtschaft vorbildlich.

Um diesen Zustand zu erhalten, ist die Branche auf die Unterstützung von EU, Bund und Ländern angewiesen, denn eine hohe Mehrwegquote ist mit Kosten und Herausforderungen verbunden. Zwar hatten sich Bundesrat und Bundestag dafür ausgesprochen, Mehrweg stärker zu fördern. Stattdessen sah sich die Brauwirtschaft in den letzten Jahren mit zahlreichen zusätzlichen politischen Herausforderungen konfrontiert.

Erst auf der Zielgeraden konnte vermieden werden, dass die Europäische Verpackungsverordnung (PPWR) die etablierten deutschen Mehrwegsysteme faktisch aushebelt. Zwischenzeitlich von der Bundesregierung vorgelegte Vorschläge zur Reform der deutschen Verpackungsverordnung hätten ebenfalls bedeutet, die seit Jahrzehnten etablierten Strukturen des Mehrwegsystems irreversibel zu schädigen. Ursache für beide Entwicklungen war ein unzureichendes Verständnis für die Komplexität von klimafreundlichen Mehrwegsystemen und die Anstrengungen der Getränkeindustrie.

Die Getränkeindustrie steht zum Dialog bereit und vertraut darauf, dass eine Fortschreibung der europäischen und nationalen Verpackungsgesetzgebung von Sachargumenten getragen sein wird und erforderliche Veränderungen mit Augenmaß, unter Berücksichtigung bereits geleisteter Investitionen und auf Basis verfügbarer Kapazitäten erfolgen werden. **Dabei ist anzuerkennen, dass die Getränkeindustrie auch im Einweg-Bereich ein international vorbildliches Pfandsystem (DPG) mit hohen Rücklauf- und Recyclingquoten etabliert hat.** Dadurch können Hersteller und Handel heute eine breite Vielfalt von funktionalen Verpackungen anbieten und Verbraucherinnen und Verbraucher ihre passende Auswahl treffen.

FÖRDERUNG DER FORSCHUNG

Klimawandel, Digitalisierung und Energiewende – dies sind nur drei Herausforderungen von vielen, denen sich die rund 1.500 überwiegend mittelständischen und familiengeführten Brauereien in Deutschland stellen müssen. Auch die Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine haben die Branche schwer getroffen. **Der Erhalt der einzigartigen Brauereivielheit in Deutschland kann nur gelingen, wenn die Betriebe nicht nur über überzeugende Produkte verfügen, sondern auch moderne Prozesse anwenden und technische Innovationen umsetzen können.** Dafür sind kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erforderlich, die von Staat und Politik unterstützt und gefördert werden müssen.

Von allen mittelstandsbezogenen Förderprogrammen in Deutschland ist das Programm der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) das mit der höchsten volkswirtschaftlichen Hebelwirkung und wesentlich, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands zu sichern. Für die deutschen Brauereien ist die IGF eines der wichtigsten Förderprogramme, um branchenübergreifende Netzwerke zu knüpfen, Kooperationen einzugehen und hierdurch Forschung und Entwicklung voranzutreiben. Nur durch den Zugang zu praxisnahen Forschungsprogrammen kann die technologische Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der mittelständisch geprägten Brauwirtschaft gestärkt und gefördert werden.

Aus Sicht der deutschen Brauwirtschaft, die seit mehr als 65 Jahren mit großem Erfolg eine eigene Wissenschaftsförderung betreibt, ist der Projektförderung gegenüber der steuerlichen Forschungsförderung ein deutlicher Vorrang zu geben, da diese als branchenübergreifendes Netzwerk seit Jahrzehnten etabliert und für alle beteiligten Unternehmen und Akteure gleichermaßen zugänglich ist – und damit in viel kürzerer Zeit zielgerichtet Innovationen voranbringen kann.

Die Industrielle Gemeinschaftsforschung, die heute schon ein wichtiges branchenübergreifendes und breitenwirksames Instrument der Forschungspolitik ist, sollte weiter ausgebaut und verstärkt gefördert werden.



ÜBER UNS

Der Deutsche Brauer-Bund e. V. (DBB) mit Sitz am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin vertritt die Interessen der gesamten deutschen Brauwirtschaft. 1871 in Dresden von 1.000 Brauerinnen und Brauern gegründet, ist der Deutsche Brauer-Bund heute einer der ältesten Verbände der Republik.

Unter seinen Mitgliedern finden sich kleine, mittlere und große Familienbetriebe mit zum Teil jahrhundertalter Geschichte ebenso wie weltbekannte Braugruppen oder junge Craftbrauer, die als Existenzgründer eine neue Brauerei aufbauen. Der DBB und seine Mitgliedsverbände in der Region verstehen sich als Dienstleister: Sie beraten Brauereien bei allen rechtlichen oder technischen Fragestellungen und setzen sich auf politischer Ebene bei Bund und Ländern sowie in Europa dafür ein, dass alle Brauereien optimale Rahmenbedingungen erhalten.

Der DBB ist Mitglied im europäischen Dachverband „The Brewers of Europe“, in der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V., im Lebensmittelverband Deutschland e. V. und im Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft e. V.

KONTAKT

Deutscher Brauer-Bund e. V.
Hauptgeschäftsführer Holger Eichele
Neustädtische Kirchstr. 7 A
10117 Berlin

Telefon: 030/209167-25
E-Mail: info@brauer-bund.de
www.bierbewusstgeniessen.de
www.brauer-bund.de

